

## Ä34 5. Für Wachstum mit Verantwortung, nachhaltiges Wohnen und solide Finanzen.

Antragsteller\*in: Jan Hauke Friedrichs (KV Halle)

### Text

Von Zeile 52 bis 53:

5.2 Wir bleiben Energiewendeland! Sachsen-Anhalt war, ist und bleibt Energiewendeland! Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist ein wichtiger Treiber des Strukturwandels, ein wirtschaftlicher Standortvorteil und ein Jobmotor. Wir wollen Sachsen-Anhalt bis 2030 im Strombereich 100 % erneuerbar aufstellen. Dafür werden wir den dezentralen Ausbau der erneuerbaren Energien aus Wind, Sonne, Biomasse, Wasser und Erdwärme vorantreiben und dadurch Arbeitsplätze und Wertschöpfung generieren. Energiewende als Schlüssel zu Unabhängigkeit und bezahlbaren Energiepreisen. Nicht zuletzt die Auswirkungen der Kriege in der Ukraine und im Iran auf die Energiepreise hierzulande haben gezeigt, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien auch eine Frage unserer nationalen Souveränität und Sicherheit ist. Die Transformation unserer Wirtschaft Richtung Klimaneutralität macht uns widerstandsfähiger gegen globale Krisen und unabhängig von fossilen Autokratien. Folglich müssen der Bund und das Land Sachsen-Anhalt gemeinsam die Energiewende umso energischer vorantreiben. Eines der Hauptziele grüner Energiepolitik sind bezahlbare Energiepreise für Bürger\*innen und Wirtschaft. Die Strompreise wollen wir senken durch eine Verringerung der Stromsteuer auf das europarechtlich zulässige Minimum, eine Strompreiszonenaufteilung Deutschland sowie regionale Netzentgelte, sogenannte modale Preise. Akzeptanz- und Beteiligung – Energiewende in Bürger\*innenhand. Wir setzen uns für die Stärkung von Bürger\*innenenergiegenossenschaften ein. Dazu sollen die Beratungsinfrastruktur der Landesenergieagentur erhalten, zinslose Darlehen zur Verfügung gestellt und Risikokapital bereitgestellt werden. Wir fordern die Stärkung der Kommunen durch die Einrichtung von Beratungs- und Servicestellen sowie eine landesweite Beratungsstruktur, die Musterverträge, Schulungen und Rechtsberatung bietet. Dies würde es den Kommunen erleichtern, innovative Projekte umzusetzen und ihre Verwaltungskapazitäten zu erweitern. Zudem setzen wir uns für die Weiterentwicklung des Akzeptanz- und Beteiligungsgesetzes ein, um dessen Erfolg zu sichern und rechtliche Hürden bei Bedarf zu entfernen. Durch kontinuierliche Verbesserungen des Gesetzes wollen wir sicherstellen, dass es seinen Zweck erfüllt und die Beteiligung der Bürger\*innen vor Ort gestärkt wird. Wir möchten die Hemmnisse auf Bundes- und Landesebene zur Eigenstromnutzung konsequent abbauen, um den Übergang zu erneuerbaren Energien zu erleichtern. Wir fördern Balkonkraftwerke als eine Erfolgsgeschichte der Energiewende, um den Ausbau weiter zu beschleunigen und Barrieren beim Anschluss abzubauen. Auf diese Weise können auch Menschen mit kleinem Geldbeutel Balkonkraftwerke errichten und so ihre Stromkosten durch Eigenverbrauch senken. Außerdem wollen wir gezielte Beratungsangebote für Mieterstromprojekte ausbauen. Die Landesenergieagentur Sachsen-Anhalt (LENA) ist als Beratungs- und Vernetzungsakteur sowie als Think Tank für die Energiewende für uns unverzichtbar. Wir möchten diese Institution stärken und weitere Kompetenzen im Bereich Klimaschutz aufbauen. Windenergie. Wir halten zudem konsequent am Flächenziel für den Ausbau erneuerbarer Energien fest, um die Energiewende voranzutreiben. Dabei setzen wir auf die verbindliche

Ausweisung von Eignungsgebieten durch die Regionalplanung, bei der NATURA-2000-Gebiete auszuschließen sind, um den Schutz wertvoller Naturräume sicherzustellen. Wir fordern, dass bestehende Hemmnisse für das Repowering, also die Erneuerung bestehender Windkraftanlagen durch moderne Technik und Konstruktion, reduziert werden, sodass Windkraftanlagen unkompliziert erneuert und ausgebaut werden können. Dies ermöglicht eine effizientere Nutzung bestehender Standorte und trägt zur Erhöhung der Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen bei. Der Rückbau von Windkraftanlagen darf nicht zur Umweltfalle werden, weshalb wir uns für hohe, einheitliche Standards einsetzen, um sicherzustellen, dass Rückbauprozesse umweltgerecht und nachhaltig erfolgen. Solarenergie Wir setzen uns dafür ein, eine Pflicht zur Nutzung von Solarenergie auf Neubauten und umfänglichen Sanierungen in Industrie, Gewerbe und Infrastruktur anzuwenden, und wollen sie auch für Wohngebäude in der Landesbauordnung verankern. So nutzen wir die vorhandenen, bereits versiegelten Flächen konsequent für die Energiewende. Wir streben an, den Bau großflächiger Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen kontrolliert und naturverträglich zu steuern und mit hohen Standards zum Schutz der Biodiversität zu untermauern. Unter anderem sprechen wir uns auf kommunaler Ebene für die Entwicklung von Photovoltaik-Konzepten für Freiflächen sowie für Beteiligungsmodelle aus, die Bürger\*innen aktiv einbinden und lokale Wertschöpfung fördern. Für eine dezentrale Energiewende fordern wir den verstärkten Einsatz von Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Liegenschaften von Kommunen, Land und Bund. Entsprechende Eigenbetriebe müssen weiterhin geschult und befähigt werden. Stadtwerke sollten möglichst in kommunaler Hand liegen, sich aktiv der Energiewende verschreiben und eigene Anlagen bauen. Geothermie und Wasserkraft In Sachsen-Anhalt hat die Geothermie ein bisher unbekanntes Potenzial. Wir wollen daher mehr Forschung und Investitionen für die Geothermie wie Tiefengeothermie und Gewässerthermie ermöglichen. Auswirkungen auf die Umwelt sollen entsprechend untersucht und abgewogen werden. In Flusswärmepumpen sehen wir ebenfalls enormes Potenzial. Die durch Flusswasserwärmepumpen aus Flüssen oder Gewässern entnommene thermische Energie sorgt für eine ebenso nachhaltige wie effiziente Wärmeversorgung. Die elektrische Energie aus Flusswasserkraftwerken, die durch das strömende Flusswasser erzeugt wird, kann eine weitere Quelle für elektrische Energie sein. Energie und Landwirtschaft Wir unterstützen Landwirt\*innen dabei, auch als Energiewirt\*innen zu agieren, indem wir dafür eintreten, dass die Landwirtschaft durch Verpachtungen und Photovoltaikanlagen auf Stalldächern oder Lagerhallen Einnahmen erzielen kann. Dafür fordern wir klare rechtliche Rahmenbedingungen und eine Reduzierung der Bürokratie bei Genehmigungen. Agri-Photovoltaik (Agri-PV) sehen wir als eine wichtige, unterstützenswerte Zukunftstechnologie, insbesondere auf weniger ertragreichen Böden und bei Feldfrüchten, bei denen Verschattung vorteilhaft ist. Wir setzen uns für die Weiterentwicklung von Biogasanlagen zu regelbaren Grundlasten ein, um ihre Rolle in der Diversifizierung der Energieversorgung zu stärken. Darüber hinaus sollen Maßnahmen ergriffen werden, um den Maisanteil in Biogasanlagen zu reduzieren und stattdessen die Nutzung von Reststoffen und faserigen Substraten wie Speiseabfällen und Strohrefen zu vereinfachen. Zur Förderung der Eigenständigkeit und Widerstandsfähigkeit wollen wir die Souveränität und Resistenz von Dörfern und Quartieren stärken. Bioenergiedörfer, Energiewendedörfer und Grüne Quartiere sind Leuchtturmprojekte, die wir vermehrt unterstützen möchten, um nachhaltige Energielösungen voranzubringen und die lokale Gemeinschaft zu stärken. Netzausbau und Versorgungssicherheit Um unsere

Versorgungssicherheit mit Energie dauerhaft zu garantieren, müssen technische und infrastrukturelle Veränderungen der Stromnetze geschaffen werden. Wir setzen uns dafür ein, unsere Stromnetze auszubauen, zu sanieren und zu optimieren, um auf den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien und die weitere Elektrifizierung der Wärme und Mobilität vorbereitet zu sein. Die konsequente Weiterentwicklung der Energiewende hin zu einer dezentralen Energieversorgung bewirkt, dass Regionen, Kommunen und Haushalte unabhängiger von zentralen Strukturen werden und im Krisenfall stabiler versorgt werden können. So können Ausfälle schneller abgefangen werden, die Versorgungssicherheit steigt. Zudem fordern wir den verstärkten Ausbau von Freileitungen unter Berücksichtigung der Umweltgüter und plädieren dafür, den pauschalen Vorrang für Erdkabel im Bundesgesetz aufzuheben, um die Planung und Umsetzung zu beschleunigen. Der flächendeckende Rollout von Smart Metern, die den Stromverbrauch in Echtzeit erfassen und übermitteln, soll beschleunigt werden. Wir möchten damit Transparenz über Energieverbräuche schaffen und Lastmanagement ermöglichen. Zudem soll so die Integration erneuerbarer Energien erleichtert werden. Da die Energiewende nur mit Speichern gelingt, wollen wir ein Förderprogramm insbesondere für Großbatteriespeicher schaffen, bei dem wir eine Privilegierung von netzdienlichen Speichern und eine klare Priorisierung von netzdienlichen vor netzneutralen Großbatteriespeichieranlagen vorsehen. Dabei sollen Gemeinden durch Förderprogramme und Beratung unterstützt werden, sodass sie selbst Großspeicher bauen und betreiben können. Entscheidend ist dabei, ausreichend Flächen für Speichieranlagen bereitzustellen, Netzanschlusspunkte zu sichern und schnelle, verlässliche Verfahren durch die Netzbetreiber zu gewährleisten. Zugleich setzen wir uns dafür ein, dass Kommunen finanziell stärker von Speicherprojekten profitieren. Eine Umlage nach dem Vorbild eines Akzeptanz- und Beteiligungsgesetzes, speziell für Speichieranlagen, sehen wir als sinnvollen Ansatz. Schließlich bekennen wir uns ausdrücklich zum Kraftwerksstandort Schkopau und fordern, dass die Kraftwerksausschreibungen des Bundes den Neu- und Umbau finanzieren. Schkopau ist als Kraftwerksstandort optimal für den Aufbau eines H<sub>2</sub>-ready-Gaskraftwerks geeignet. Hierfür setzen wir uns ein – auch um den für 2034 vorgesehenen Braunkohleausstieg in der Region voranzutreiben.

Die Wärmewende ist ein Querschnittsthema zum Wohnen, weshalb energetische Sanierungen, Mieterschutz und faire Heizkosten zusammengedacht werden müssen. Der kommunalen Wärmeplanung kommt dabei eine zentrale Rolle für eine erfolgreiche Wärmewende zu, wobei Investitionsmittel des Bundes gezielt nach Sachsen-Anhalt geholt und für Infrastrukturprojekte vor Ort eingesetzt werden sollten. Wir setzen uns für den raschen Ausbau von Wärmepumpen mit sozial gerechter Förderung ein. Dies wird dazu beitragen, die Energiekosten zu senken und den Zugang zu nachhaltigen Heizlösungen zu erleichtern. Für den Einbau von Wärmepumpen muss es praxisnahe und unkomplizierte Vorgaben geben, damit Genehmigungen nicht zum Hemmschuh werden. Sanierungen sollen künftig gezielt einkommensabhängig gefördert und die Antragsverfahren vereinfacht werden. Haushalte ohne Rücklagen sollen durch Landesbürgschaften besseren Zugang zu Finanzierungen erhalten, und Leasingmodelle für Heiztechnik sollen ausgebaut werden, um moderne Lösungen ohne hohe Anfangskosten zugänglich zu machen. Großwärmepumpen nutzen Umwelt- und Abwärme, um CO<sub>2</sub>-arme Fern- und Nahwärme zu erzeugen. Da sie umweltfreundliches Heizen mit erneuerbaren Energien ermöglichen, müssen sie ein zentraler Baustein der Wärmeversorgung werden. Wir fordern ihre gezielte Förderung zur Versorgung von städtischen Quartieren, als

Ersatz für Gaskraftwerke in Fernwärmenetzen und als Energielösung für die Ausweisung von neuen Baugebieten. Biogas- und Biomasseanlagen leisten auf dem Land einen wichtigen Beitrag zur Versorgung mit 100 % erneuerbaren Energien, wobei ihre Abwärme vollständig in Nahwärmekonzepten genutzt werden sollte. Wasserstoff als Chance für Sachsen-Anhalt  
Wasserstoff ist zentral für die Energiewende, weshalb die Gas- und Wasserstoffinfrastruktur gemeinsam geplant werden muss, damit Wasserstoff dort bereitgestellt wird, wo er benötigt wird. Wir setzen uns gezielt für den Ausbau der Wasserstoffabnahme ein, indem wir Pilotprojekte unterstützen, Abnahmegarantien bieten und regionale Wasserstoff-Cluster fördern. Flexible Regelkraftwerke, die auf Wasserstoff umrüstbar sind, sollen gezielt gefördert werden. Darüber hinaus fokussieren wir uns auf die Erzeugung von grünem Wasserstoff und grünem Ammoniak in Sachsen-Anhalt, um sie vorrangig der stofflichen Nutzung zuzuführen, während grüner Wasserstoff auch als Energiespeicher dienen kann.

## 5.23 Innovation, Start-ups, Handwerk & Fachkräfte

### Begründung

Wie bereits im anderen Antrag gesagt, sollte die Energiewende - ausgenommen des Abschnitts mit Bezug auf Natur- und Artenschutz - in den Abschnitt Wirtschaft verschoben werden. Und dort auch direkt nach dem allgemeinen Bekenntnis eingefügt werden. Reihenfolge signalisiert Priorisierung, intern wie extern. Auf beiden Wegen sollte die Energiewende eine Schlüsselrolle spielen.

Die Energiewende ist der zentrale Knoten für eine nachhaltige Transformation der Wirtschaft und der Senkung der Lebenskosten. Gelingt sie nicht, steigt Deutschland wirtschaftlich massiv ab. Und auch im Diskurs auf Bundesebene besetzen die Grünen gerade insbesondere mit dem Bekenntnis zur Energiewende öffentlich-wirksam das Thema Wirtschaft. Sie im Programm präsent an die Spitze des Kapitels Wirtschaft zu setzen, lässt uns vom bundesweiten Diskurs profitieren und sichert uns Stimmen im wirtschaftlich interessierten Lager.

Andere, inhaltliche Änderungsanträge sollten natürlich bei der Verschiebung berücksichtigt werden.